

Fachgruppe Grundschulen fordert beim Kultusminister Dreiklang:

## Deputatsabsenkung, zielgerichtete Entlastung und personelle Unterstützung

Die Minister-Äußerungen zur Arbeitszeit von Grundschullehrkräften hatten für Wirbel gesorgt. Beim Philologentag konnte er schon die Empfehlung seiner Arbeitszeitkommission bezüglich der Deputatsenkung um eine Unterrichtsstunde nicht nachvollziehen. Das hätte ja noch als eine Anbiederung an die dortige Klientel verstanden werden können. Kurz darauf legte Minister Grant Hendrik Tonne im Landtag nach, konnte die Empfehlung immer noch nicht nachvollziehen und sprach sogar von flächendeckenden Arbeitszeitunterschreitungen mit Verweis auf die Göttinger GEW-Arbeitszeitstudie.

Nun war die Empörung erst recht groß, die GEW und fast alle schulischen Verbände schickten ihm sozusagen einen blauen Brief und verwehrten sich gegen die so falsche wie einseitige Generierung von Zahlen zu einem völlig windschiefen Konstrukt und der Diskreditierung von Grundschullehrer\*innen. Das war auch für die Medien von Interesse und erbrachte einige Beiträge. Es folgte ein Zurückrudern auf ministeriable Weise, zum Beispiel im Schulverwaltungsblatt 01/19, dass die „wichtige und gute und zeitlich ausreichende Arbeit der Grundschullehrer\*innen auf keinen Fall zur Debatte stehen dürfe, daran beteilige sich der Kultusminister nicht.“ .... Falsch! Der Minister hat sie sogar in der Öffentlichkeit – zum Glück nur kurzfristig – aufgelöst.



Liest man den Abschlussbericht der Arbeitszeitkommission (AZK) auch nur halbwegs genau, überzeugen dessen Argumente doch sehr. Die Untersuchungen in den Arbeitszeit- und Belastungsstudien berücksichtigen verschiedene Parameter. Die reine Arbeitszeit, die auch schon mit 1:46 Stunden über der Norm liegt und somit die Senkung der Unterrichtsverpflichtung rechtfertigt, ist nur eine Dimension. Die Extrembelastung in Unterrichtsstunden durch ständiges pädagogisches Multitasking, die ungleiche Verteilung in Ferien- und arbeitsintensive Zeiten sowie der sogenannte Deckeneffekt (Abbruch der Arbeit, weil schlicht keine Zeit mehr bleibt; Erschöpfung wegen Multitasking...) kommen hinzu. Genauso wie das individuelle Belastungsempfinden, weil man den eigenen Ansprüchen nicht genügen kann.

Auch in anderen Untersuchungen schon vor Jahren gab es in Bezug Lehrer\*innenbeanspruchung Vergleiche mit anderen Berufsgruppen wie beispielsweise Fluglotsen mit viel geringerer Wochenarbeitszeit und viel früherem Ruhestand (vgl. Dr. R. Schölles, Dr. J. Larisch, Bremen, 2015).

Die AZK hat neben der zielgerichteten Entlastung die Deputatsstundensenkung empfohlen mit umfangreicher Begründung, die die Grundschulen von anderen Schulformen abhebt:

- geringe Arbeitszeitstreuung,
- sehr ähnliche Tätigkeitsstruktur bei hoher Unterrichtsverpflichtung,
- hoher Anteil an Teilzeitkräften, die an Deputatsenkung partizipieren würden,
- hohes Belastungserleben, Arbeitsbedingungen werden von allen Schulformen als am schlechtesten bewertet.

Was der Minister daran nicht nachvollziehen kann, wollte die Fachgruppe Grundschulen wissen, und wie er sich Entlastungsmaßnahmen vorstellt und vor allen Dingen wann.

Das anberaumte Gespräch mit dem Kultusminister führten die Vertreterinnen für die Fachgruppe – Anita David und Monika de Graaff – sowie die GEW-Landvorsitzende Laura Pooth. Vor dem Hintergrund der bekannten Studien, der jahrelangen Fachgruppenrecherche und neben den offiziellen Begründungs- und Forderungsschreiben sowie Demos und Aktivitäten bei Veranstaltungen konnte in diesem Gespräch die äußerst prekäre Situation der Grundschulen nochmals verdeutlicht werden. Im kleinen Kreis wurde das Bemühen der Schulen und die Hilferufe aus 400 Überlastungsschreiben ganzer Kollegien sowie die sich abzeichnende Abwärtsspirale mit drohendem Qualitätsverlust (IQB-Studie 2018) plakativ dargestellt.

Der Minister weiß um die berechtigten Forderungen, hat aber wenig zu bieten:

Ergebnisoffen will er in die Verhandlungen mit der GEW und den Verbänden gehen und die sogenannte Streichliste soll kein Ersatz für weitere nötige Entlastungen sein. Die Liste mit Abkehr von „Vera“, Übergangsprotokoll in Klasse 4 und Reduzierung von Fachkonferenzen nimmt und erkennt die GEW gerne an, das reicht aber nicht einmal ansatzweise, um Entlastung für die Grundschulen spürbar werden zu lassen.

Die Landesregierung betont immer wieder, den Dreiklang aus besserer Bezahlung, Verbesserungen bei der Arbeitszeit und Entlastung im Schulalltag herstellen zu wollen – hoffentlich nicht nur verbal an runden Tischen und langen Bänken bis zum Ende der Wahlperiode.

Neben A13/E13 benötigen die Grundschulen den Dreiklang aus Deputatsabsenkung, zielgerichteter Entlastung und weiterer personeller Unterstützung im Unterricht, und zwar jetzt!

**Monika de Graaff**  
Fachgruppe Grundschulen